

VfB bald in der Mercedes-Arena

Verein will 27 Millionen Euro – Stadträte: Geld gehört Stuttgart

Stuttgart – Das Daimlerstadion soll beim Umbau in ein reines Fußballstadion den Namen Mercedes-Arena bekommen. Der VfB Stuttgart will dafür bis zu 27 Millionen Euro vom Autokonzern. Teile des Gemeinderats widersprechen: Das Geld gehöre der Stadt.

VON KONSTANTIN SCHWARZ

Die Vorstellungen des VfB lösten bei einigen Stadträten am Mittwoch massive Verärgerung aus. Der Gemeinderat soll am 24. April über die 66 Millionen Euro teure Stadionmodernisierung und den Verkauf eines 54 000-Quadratmeter-Grundstücks beim Mercedes-Museum an die Daimler AG ent-

scheiden. Dort soll ein neues Oldtimer-Zentrum entstehen.

VfB-Präsident Erwin Staudt sieht sich am Ziel und will mit Daimler-Chef Dieter Zetsche und Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) am 31. März die Stadionpläne erläutern. Der Verein schuldet der Stadt als Eigentümerin dieser Sportstätte aus früheren Stadionumbauten noch 33 Millionen Euro. Den Erlös aus dem Namenswechsel will er als Eigenmittel verbuchen und als seinen Umbauanteil in eine von der Stadt getragene Stadion GmbH einbringen.

Das Geld aus der Umbenennung könne der VfB nicht für sich beanspruchen, der Erlös gehöre ausschließlich der Stadt, heißt es bei den Christdemokraten, die im Gemeinderat die größte Fraktion stellen. Wenn der

VfB so kalkuliere, „hat er die Rechnung ohne den Wirt gemacht“, warnte ein Stadtrat.

„Wir wollen dem VfB nicht grundsätzlich im Weg stehen, aber wir haben Verantwortung für die gesamte Stadt, deshalb wird es keine Geschenke geben“, sagte Grünen-Sprecherin Muhterem Aras. Daimler hatte 1992 von der Stadt für fünf Millionen Euro ein unbefristetes Namensrecht erworben. „Juristen müssen klären, was der Stadt zusteht“, sagt SPD-Chef Manfred Kanzleiter.

Für den Umbau soll die Stadion GmbH 66 Millionen Euro Kredit aufnehmen, den der Verein 30 Jahre tilgt. Die Stadt bürgt so lange für Risiken. Schon diese Konstruktion, befürchten die Stadträte angesichts der Kommunalwahl 2009, sei den Bürgern kaum zu vermitteln. *Stuttgart Seite 21*